

Bezugsgebühr:

Wochenschrift 3 M., 6 M., 12 M., 18 M., 24 M., 30 M., 36 M., 42 M., 48 M., 54 M., 60 M., 66 M., 72 M., 78 M., 84 M., 90 M., 96 M., 102 M., 108 M., 114 M., 120 M., 126 M., 132 M., 138 M., 144 M., 150 M., 156 M., 162 M., 168 M., 174 M., 180 M., 186 M., 192 M., 198 M., 204 M., 210 M., 216 M., 222 M., 228 M., 234 M., 240 M., 246 M., 252 M., 258 M., 264 M., 270 M., 276 M., 282 M., 288 M., 294 M., 300 M., 306 M., 312 M., 318 M., 324 M., 330 M., 336 M., 342 M., 348 M., 354 M., 360 M., 366 M., 372 M., 378 M., 384 M., 390 M., 396 M., 402 M., 408 M., 414 M., 420 M., 426 M., 432 M., 438 M., 444 M., 450 M., 456 M., 462 M., 468 M., 474 M., 480 M., 486 M., 492 M., 498 M., 504 M., 510 M., 516 M., 522 M., 528 M., 534 M., 540 M., 546 M., 552 M., 558 M., 564 M., 570 M., 576 M., 582 M., 588 M., 594 M., 600 M., 606 M., 612 M., 618 M., 624 M., 630 M., 636 M., 642 M., 648 M., 654 M., 660 M., 666 M., 672 M., 678 M., 684 M., 690 M., 696 M., 702 M., 708 M., 714 M., 720 M., 726 M., 732 M., 738 M., 744 M., 750 M., 756 M., 762 M., 768 M., 774 M., 780 M., 786 M., 792 M., 798 M., 804 M., 810 M., 816 M., 822 M., 828 M., 834 M., 840 M., 846 M., 852 M., 858 M., 864 M., 870 M., 876 M., 882 M., 888 M., 894 M., 900 M., 906 M., 912 M., 918 M., 924 M., 930 M., 936 M., 942 M., 948 M., 954 M., 960 M., 966 M., 972 M., 978 M., 984 M., 990 M., 996 M., 1000 M.

Dresdner Nachrichten

Höhere Kochschule und Haushaltungs-Pensionat
von Sophie Voigt
Dresden-A., Struvestrasse No. 32, nächst der Lütichaustrasse

Anzeigen-Carif.

Annahme von Anzeigen...
Reinhardt Leupolt, Gummi-Werk
26 Wettinerstr. DRESDEN Wettinerstr. 26
sämtliche technische u. chirurgische Badarfsartikel.
Ausstellung Zittau 1902 mit der Goldenen Medaille prämiert.

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Schulstrasse 41 (Kling. Strassenstr.), im Lohbäum Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Haumann, Dresden-S., an der Brechtelstrasse 8.

7 PRAGER-STR. 7
LEDERWAREN
BERNHARD SCHAFER

Reinhardt Leupolt, Gummi-Werk
26 Wettinerstr. DRESDEN Wettinerstr. 26
sämtliche technische u. chirurgische Badarfsartikel.
Ausstellung Zittau 1902 mit der Goldenen Medaille prämiert.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe Hermann Pörschel, Scheffelstrasse 19.

Nr. 263. Spicel: Jolltarif. Hofnachrichten, Prof. Dr. Vothardt, Münchener Wahl- und Pflanzamt, Schwarz-Wuthmann, Bitterung: Kühl, heiter. Dienstag, 23. September 1902.

Die 2. Lesung des Jolltarifs in der Kommission.

Die langsam sich vorbereitende Entscheidung über den Ausgang des großen jollpolitischen Kampfes ist durch den mit dem gestrigen Tage erfolgten Beginn der 2. Lesung des Jolltarifentwurfs in der Kommission des Reichstags um einen weiteren Schritt dem Ziele näher gerückt worden. Angesichts der so geschaffenen Lage gewinnen diejenigen Verlautbarungen der führenden politischen Parteien, die sich auf deren Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen erster Lesung beziehen, besonders Interesse. In erster Linie kommt es auf die Haltung des Centrums an, da dieses in der Kommission sowohl wie im Plenum des Reichstages den Ausschlag giebt. Das ist vom nationalen Standpunkte aus zweifellos sehr bitter und man könnte wer weiß was daraus geben, wenn es sich ändern ließe. Wie die Dinge aber einmal liegen, muß der Realpolitiker mit der gegebenen Thatsache der gegenwärtigen parlamentarischen Vorherrschaft des Centrums im Reiche rechnen und sich demgemäß auch darin finden, daß höhere Jollsätze über die Regierungsvorlage hinaus in Kommission und Plenum nur insofern eine Mehrheit zu erlangen vermögen, als das Centrum dafür ist. Sobald nämlich das Centrum „Jolltarif“ hat es die Nationalliberalen mit wenigen Ausnahmen sowie die Sozialdemokraten mit der üblichen freisinnigen Fraktion bedingungslos auf seiner Seite und gegen diese festgeschlossene Majorität kommen dann die Konservativen und Freisinnigen allein nicht auf. Im Bewußtsein seiner beherrschenden Stellung hat denn auch das Centrum vor dem Anfang der 2. Kommissionlesung eine förmliche Parade über seine parlamentarischen Getreuen abgehalten, bei der fast kein Mann fehlte und deren Ergebnis eine abermalige förmliche Verpflichtung auf die Kompromißhöhe der Kommission gewesen ist.

Dem Centrum haben sich die Freisinnigen in ihren Fraktionsführungen in der Frage der Kompromißhöhe angeschlossen, indem auch von dieser Seite das Festhalten an den Beschlüssen der ersten Lesung nachdrücklich betont worden ist. Die konservative Fraktion hat insofern eine noch schärfere Tonart angeschlagen, als von ihr die Beschlüsse der ersten Lesung als „nicht genügend“ erklärt worden sind. Gleichzeitig haben beide konservativen Parteien sich auch über ihre Haltung gegenüber der Industrie geäußert, und zwar in dem Sinne, daß die freisinnig-konservative Gruppe sich ausdrücklich für die Gemeinamkeit der Interessen beider Produktionszweige aussprach, während die konservative Fraktion für den Fall, daß die Forderungen der Landwirtschaft nicht eine wesentlich weitergehende Berücksichtigung finden könnten, eine namhafte Verabreichung der Industriezölle als notwendig bezeichnete. Von den Nationalliberalen ist bisher eine ähnliche grundsätzliche Feststellung der in der 2. Kommissionlesung zu beobachtenden Verhaltenslinie nicht bekannt geworden. Diese Unterlassung dürfte wohl damit zusammenhängen, daß die nationalliberale Fraktion im Allgemeinen jeder Erhöhung der Jollsätze über den Regierungsentwurf abhold ist und am liebsten die Vorlage in ganz unveränderter Gestalt aus der Kommission an das Plenum gebracht wissen möchte.

Das Verständnis der Bedeutung, die der Stellungnahme der leitenden Fraktionen zu den Kommissionsbeschlüssen erster Lesung innewohnt, erfordert einen kurzen Rückblick auf die wesentlichen Veränderungen, die von der Kommission an der Regierungsvorlage vorgenommen worden sind. Das Ergebnis der ersten Lesung besteht hauptsächlich in einer Erhöhung der Getreidezölle des Entwurfs, sowie in der Charakterisierung der ebenfalls beruhten Vieh- und Fleischzölle als Mindestzölle, während die Regierung nur für Getreide Mindestzölle zulassen will. Ferner sind noch verschiedene anderweitige Erhöhungen der Jollsätze über die Vorlage hinaus, so für Hopfen, Butter, Röhre, Eier, beschlossene worden. Von den Industriezweigen des Entwurfs haben einzelne eine Herabminderung erfahren, insbesondere die Garnzölle; andere dagegen sind bedeutend erhöht worden, so bei der Position Stiele und Kadeln. Bei dem wichtigsten Abschnitt des industriellen Tarifs „Eisen und Eisenwaren“ präzisirten die landwirtschaftlichen Vertreter ihre Stellung dahin, daß sie vorläufig für die Höhe des Entwurfs stimmen und erst in der zweiten Lesung Abminderungen vornehmen würden, falls bis dahin nicht die Frage der landwirtschaftlichen Höhe in befriedigender Weise erledigt sei. Die landwirtschaftlichen Jollsätze bilden also nach wie vor den eigentlichen Stein des Anstoßes, der am schwersten aus dem Wege zu räumen ist; über alle anderen Schwierigkeiten ist viel leichter hinweg zu kommen. Der Regierungsentwurf hat hier vorgeschlagen als Mindestsätze, über die auch in Handelsverträgen keinesfalls hinweggegangen werden darf: für Roggen und Hafer 5 Mark auf den Doppelcentner; für Weizen 5 1/2 Mark; für Gerste 3 Mark. Die Höchstätze die im Verleiche mit Nichtvertragsstaaten Anwendung zu finden haben, sollen entsprechend lauten: für Roggen und Hafer 6 Mark; für Weizen 6 1/2 Mark; für Gerste 4 Mark. Die Kompromißhöhe der Jollsätze haben demgegenüber die Mindestsätze für Roggen, Gerste und Hafer gleichmäßig auf 5 1/2 Mark und die Höchstätze für diese drei Getreidearten gleichmäßig auf 7 Mark erhöht; für Weizen soll der Mindestsatz 6 Mark, der Höchstsatz 7 1/2 Mark betragen.

Man ersieht hieraus, daß die von der Kommission beschlossenen Änderungen im Grunde gar nicht so bedeutend sind. Eine erheblich ins Gewicht fallende Erhöhung zeigt nur die Position Gerste, nämlich von 3 bzw. 4 Mark auf 5 1/2 bzw. 7 Mark. Im Uebrigen aber handelt es sich bei den Mindestsätzen für Getreide, die ja die eigentlichen Anknüpfungspunkte des Tarifs bilden, lediglich um eine Erhöhung von 50 Pfa. gegenüber den Sätzen des Entwurfs. Die Beringfügigkeit dieser Erhöhung sollte eigentlich auf beiden Seiten mit ein treibender Grund zur Nachgiebigkeit sein. Der praktische politische Menschenverstand will es nicht lassen, daß um einer solchen verhältnismäßigen Reingiebigkeit willen ein Werk von so einschneidender nationaler und wirtschaftlich-sozialer Bedeutung, wie es die Neuregelung unserer Jollpolitik gegenüber dem Auslande ist, in die Brüche gehen sollte. Die großen politischen Parteien haben die ungewöhnliche Rücksicht, sich im allgemeinen Interesse und angesichts der Notwendigkeit eines Ausgleichs der Gegensätze auf einer mittleren Linie in der Sache zu zeigen, in ihren Wünschen aufzuweisen und diesem Gesichtspunkte werden die Kompromißbeschlüsse erster Lesung mit Entschiedenheit gerecht. Man könnte es daher allenfalls verzeihen, wenn die Regierung sich zu der Erfüllung entschloße, daß sie von einer Erhöhung der Höhe über die Kompromißbeschlüsse hinaus unter allen Umständen Abstand nehmen müsse, weil sie als Wächterin der allgemeinen Wohlfahrt nicht glaube, mehr bemühen zu können, ohne ihre Pflicht zu verletzen. Dagegen würde die bedingungslose Weigerung der Regierung, auch die gemäßigten Kompromißbeschlüsse in den Kreis ihrer Erwägungen zu ziehen, zu dem Schluß führen, daß es dann überhaupt besser gewesen wäre, die Jolltarifentwurf gar nicht erst mit der Vorlage eines neuen Jolltarifentwurfs zu beschließen, sondern gleich von vornherein mit neuen Handelsverträgen als vollendeter Thatsache an den Reichstag heranzutreten. Wenn es der Kommission nicht freistehen soll, irgendwelche Änderungen an dem Regierungsentwurf vorzunehmen, welchen Zweck hat dann die ganze langwierige Beratung eigentlich gehabt? Hier ist also eine Achillesferse der Regierung vorhanden. Es scheint wirklich keinen anderen Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma zu geben, als daß die leitenden amtlichen Kreise sich entschließen, ihre schroff ablehnende Haltung einer wohlwollenden Revision zu unterziehen und sich zu irgendwelchen Zugeständnissen an die Beschlüsse der Kommission in erster Lesung herbeizulassen. Auf der anderen Seite würde dann freilich auch die konservativ-fraktion die Hoffnung auf ein Mehr gegenüber den Kompromißbeschlüssen schlechtlweg begraben müssen. Darüber, daß in dieser Beziehung von der Regierung nichts zu erreichen sein wird, ist ein Zweifel nicht möglich.

Es bliebe also höchstens noch die Eventualität eines Umfalls der großen politischen Parteien zu Gunsten des Regierungsentwurfs. Zunächst wird man davon natürlich auf keiner Seite etwas wissen wollen, aber gleichwohl könnte keiner Partei in solchem Falle der Vorwurf mangelnder Prinzipienfestigkeit auch nur mit einem Anschein von Recht gemacht werden, weil es doch immer nur von politischer Vernunft abhängen würde, wenn die schuldnerische Mehrheit schließlich in der äußersten Zwangslage lieber eine mäßige Jollerhöhung nähme als gar keine. Die Regierung wird natürlich ihrerseits alle Hebel in Bewegung setzen, um dieses ihr gemächste Ergebnis zu Stande zu bringen. Vielleicht hängt damit die Unterredung zusammen, die gerade in diesen Tagen der Abgeordnete Spahn, der Führer des Centrums in der Jolltarifkommission, mit dem Reichssekretär Freiherrn von Thielmann gepflogen hat; auch munkelt man ja, daß Herr Spahn als Nachfolger des Unterstaatssekretärs Rothke im Reichsamt des Innern in Aussicht genommen sei. Dem fällt dabei nicht der tief sinnige Saborische Ausspruch ein: „Es geht etwas vor, man weiß nur noch nicht, was?“

Was wir zu befürchten haben, wenn kein Jolltarif zu Stande kommt, legt die „Rhein-Westf. Sta.“, das nationalliberale, gut schuttpolitische Organ der rheinischen Großindustriellen in folgenden Sätzen dar: „Der Kampf der wirtschaftlichen Interessen, der unser öffentliches Interesse schon allzu sehr in falsche Bahnen getrieben hat, wird dann noch mehr ausarten, und das wird für unsere vaterländische Entwicklung kein Segen sein. Daneben aber liegt die Gefahr vor, daß das Ausland sich das Moment der Schwäche, das hierin für Deutschland gegeben ist zu Nutze macht.“ Diese Ausführungen sind durchaus zutreffend, und man möchte ihnen nur noch hinzufügen, daß gerade die Feindseligkeit zwischen Industrie und Landwirtschaft, die als erste und unmittelbare Folge des Scheiterns der Jolltarifverhandlungen einzutreten droht, eine Stos ins Herz-Politik für unsere harmonische, nationale Weiterentwicklung bedeuten würde. Das muß um jeden Preis verhindert werden, und darum kann der allgemeine nationale Wunsch im Angesicht der zweiten Lesung des Jolltarifentwurfs in der Kommission nur dahin gehen, daß die patriotische Einsicht am Ende bei allen Beteiligten die Oberhand behalten und dem neuen Tarif, sei es in der Form des Regierungsentwurfs, sei es in der Kompromißfassung der Kommission im Plenum des Reichstags zum Siege verhelfen möge.

Neueste Drahtmeldungen vom 22. September. (Nachts eingehende Telegramme befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser und die Kaiserin statteten gestern Nachmittag, von Hubertusburg kommend, der erkrankten Gräfin Suers auf Schloß in Charlottenburg einen längeren Besuch ab und kehrten dann nach Hubertusburg zurück, von wo sie heute nach Rominten abzureisen gedenken. — Der „Reichsanzeiger“ giebt amtlich bekannt, daß auf Grund des Art. 6 der Verfassung des Deutschen Reiches von Sr. Majestät dem Könige von Sachsen der Staats- und Kriegsminister General der Infanterie Freiherr v. Hauken zum Generalmajor ernannt worden ist. — Der hiesige Hof hat für die verlebte Königin der Belgier Trauer auf drei Wochen angelegt. — Der „Post“ schreibt: Wer sich keinen Nationen hingeben will, wird sich der Ueberzeugung nicht verziehen können, daß nach dem Ergebnis der Fraktionsberatungen der letzten Wochen keine Aussicht auf eine Verständigung zwischen Reichstagsmehrheit und den verarbeiteten Regierungsentwurf auf der Grundlage unveränderter Annahme der landwirtschaftlichen Höhe nach der Regierungsvorlage mehr besteht; wenn aber ferner kein Zweifel darüber besteht, daß sowohl Centrum als Reichspartei zu einer Verständigung auf einer mittleren Linie zu den Beschlüssen der Jolltarifkommission über die landwirtschaftlichen Höhe und der Regierungsvorlage bereit sind, so unterliegt es auch keinem Zweifel, daß beide Parteien doch nur dann von einem Theil ihrer Forderungen zum Schutze der Landwirtschaft zurückzutreten bereit sein würden, wenn durch ein solches Entgegenkommen das Zustandekommen der Jolltarifvorlage auch wirklich gesichert würde. Solange die Gewähr dafür nicht gegeben ist, daß ein Entgegenkommen von ihrer Seite den damit erstrebten Zweck der Verständigung zwischen Reichstag und Regierung über den Jolltarif auch wirklich erreicht wird, solange wird auch mit dem Beharren dieser Parteien auf den Kommissionsbeschlüssen gerechnet werden müssen. — Königin Wilhelmine der Niederlande wird der Großherzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin im Laufe des Oktober einen mehrtägigen Besuch abstatten. — Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hält in den Tagen vom 13. bis 16. Oktober ihren Herbstkongress in Berlin ab. — Die Meldung, der Reichstagsabgeordnete Spahn sei für den Posten als Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern in Aussicht genommen, wird von unternichteter Seite demontirt; gleichzeitig aber auch alle anderweitigen Angaben hinsichtlich der Ernennung für diesen Posten. — Der Centralverband der Deutschen Lederindustrie hält am Donnerstag hier eine außerordentliche Generalversammlung ab, um gegen jegliche Verbrüderung der Lederindustrie mit der Textilindustrie Protest zu erheben. — Die den einzelnen Behörden bisher gewährte Postfreiheit für Postsendungen, für die der Reichspost eine bestimmte Anzahl an Aufhängen ist, soll, der „Kreuz-Ztg.“ zufolge, demnächst fortfallen. Es heißt, daß den Behörden besondere Marken von der Postverwaltung zum Verkauf gestellt werden sollen, da sich so eine bessere Uebersicht über die behördlichen Postsendungen darbiete. Die einleitenden Schritte zu dieser Umänderung sollen bereits gefahren sein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Tageszeitung“, Organ des Deutschen Offiziersvereins, erklärt es für unvermeidlich, daß schon in nächster Zeit die Heeresverwaltung mit der Forderung einer namhaften Erhöhung des Rekrutenkontingents und einer, wenn auch nicht bedeutenden Vermehrung des Heeresstandes (für den Frieden) vor die Parlamente treten werde. Die entsprechende Einführung der zweijährigen Dienstzeit würde sich dann selbst ergeben. — Die Ehe des Grafen Solovjev mit Frau Rosa Koster ist heute vom Landgericht I in nichtöffentlicher Sitzung geschieden worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: An den Kreisen der Reichstagsparteien hofft man immer noch, daß die zweite Lesung des Jolltarifs Mitte Oktober beendet sein werde. Die zweite Lesung hat ihre Bedeutung zum großen Theile dadurch verloren, daß voraussichtlich nur einige Positionen einer nochmaligen Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden. Die eigentlichen Entscheidungen, so hinsichtlich der Höhe der Industriezölle, besonders die Eisen- und Maschinenzölle, dürften also erst im Plenum erfolgen. Es freilich die Kommissionsberatungen schon am 14. Oktober am Ende der Reichstagsunterredung abgeschlossen sein werden, erheben trotzdem fraglich. Es verläutet, daß der Reichstagspräsident vorläufig nicht geneigt sei, den Reichstag schon am 14. Oktober einzuberufen, wenn bis dahin das Ende der Kommissionsarbeiten nicht absehbar sei.

Rostock. (Priv.-Tel.) Heute Morgen wurde in dem zur Beobachtung und Registrierung von Erdbeben am hiesigen Geodätischen Institut aufgestellten Instrumenten ein sehr heftiges Erdbeben beobachtet. Die erste Erschütterung des Bodens trat in Rostock am 3 Uhr 1,05 Minuten ein, und erst gegen 8 Uhr hatten sich die Instrumente wieder beruhigt. Der Ursprung des Erdbebens ist vorläufig noch unbekannt, jedoch dürfte die Entfernung desselben 10000 Kilometer überliegen.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Dampfer „Robbiest“ übertraute im Kriegsbahnen die Dampfmaschine des russischen Kriegsschiffes „Okean“. Die Beladung stürzte in den Hafen. Tausende Rufen sind gerettet. Die Flottille wurde auf den Strand geleitet.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Das deutsche Schiff „Apolon“, beheimathet in Lujun, ist in Folge eines Sturmes in der Nordsee mit der ganzen Beladung untergegangen.

Baderborn. (Priv.-Tel.) Die beiden Kinder des Bauers Brand in Venen spielten in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern. Es entstand ein Hausbrand und beide Kinder kamen in den Flammen um.

Bln. Die Gesellschaft für soziale Reformen hielt hier heute ihre erste Generalversammlung ab, welche durch den Staatsminister a. D. Freiherrn v. Berlepsch in einer ausführlichen Darlegung der Verhältnisse und des bisherigen Wirken der Gesellschaft eröffnet wurde. Redner theilte mit, daß ein Referat von Hrn. Helene Simon-Berlin über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen von der hiesigen Polizei als unzulässig erachtet sei und Hrn. Simon aus diesem Grunde nicht sprechen dürfe. Nach Besprechung der geschäftlichen Angelegenheiten berichtete Dr. Pieper-München-Bladach über die Herabsetzung der Arbeitszeit

Kronendorfer Sauerbrunn
anerkannt bester natürlicher Sauerbrunn